

Protokoll der Facharbeitsgruppe Fokus Migration

Datum	26. – 27.10.2017
Uhrzeit	13:00 – 18:15 Uhr, 9:30 – 12:45 Uhr
Ort	Haus der Jugend, Kassel
Moderation	Klaus Kohlmeyer
Protokoll	Sharon Orias

Programm

1. Begrüßung, Ziel des Treffens, Tagesordnung
2. Input Dr. Wilfried Kruse: Die Lage Jugendlicher aus Familien mit Einwanderungsgeschichte im Übergang Schule-Beruf. Chancen und Schwierigkeiten.
3. Input Anne Koch-Mauer: Ausbildung im Wandel. Ausbildung bei der Stadt Kassel.
4. Arbeitsphase I + II, Übergänge in Ausbildung erfolgreich gestalten – Kollegiale Fallberatung (anhand von fünf Leitfragen) und Vorstellung und Austausch zu den kommunalen Strukturen
5. Input Isabell Seeger: Qualität der BO unter dem Fokus Migration. Kasseler Übergangmanagement Schule-Beruf.
6. Austausch mit Mathias Wagner, Bildungspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag, über Rahmenbedingungen kommunaler Praxis an der Schnittstelle von Integrationspolitik und Übergangsgestaltung
7. Verständigung über die Weiterarbeit

1. Begrüßung, Ziel des Treffens, Tagesordnung

Anne Janz, Dezernentin für Jugend, Schule, Frauen und Gesundheit der Stadt Kassel, begrüßt die Teilnehmenden im Haus der Jugend in Kassel. Sie betont die Wichtigkeit der Wiederaufnahme der Facharbeitsgruppe für den Austausch auf kommunaler und fachpraktischer Ebene. Sie biete Raum für neue Ideen und Formate, eine kritische Reflexion, insbesondere in Zeiten, in denen sich die rechtlichen Rahmenbedingungen sehr schnell änderten. Als aktuelles Beispiel nennt sie die Diskussion um den Familiennachzug. Die Neuzuwanderung insgesamt spiele eine größere Rolle, als zur Gründung der Weinheimer Initiative. Damit entstünden neue Zielgruppen, neue Akteure, neue Programme, die das Feld komplexer gestalteten und eine angepasste Programmatik erforderten. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, brauche es kommunale Koordinierung im Übergang Schule-Beruf. Zudem gelte es, dem vielbeschworenen Fachkräftemangel entgegenzuwirken, der sich häufig nur auf „eine bestimmte Art von Auszubildenden“ beziehe. Hier sei es insbesondere Aufgabe der Politik, strukturelle Diskriminierung und Benachteiligung weiter abzubauen.

Klaus Kohlmeyer begrüßt die Teilnehmenden und stellt die Agenda vor. Mit Blick auf das Thema des Fachaustauschs *Berufsausbildung als Ziel stärken* sei es das Ziel, eine Basis für einen Austausch über Kommunale Integrationspolitik am Übergang Schule-Beruf zu schaffen. Dies gelinge vor allem, indem man zunächst verstehe, wo sich das Themenfeld Migration/Integration und Übergang Schule-Beruf in den kommunalen Strukturen verorte. Er verweist auf die Arbeitsphasen, in denen im Rahmen eines „Brain Walk“ die anwesenden Kommunen anhand von fünf Leitfragen die Strukturen herausarbeiten und vorstellen sollen. Gleichzeitig solle der Fokusansatz berücksichtigt werden. Auf dieser Grundlage werden die weiteren Sitzungen inhaltlich geplant.

Die Teilnehmenden stellen sich vor. Insgesamt nehmen neun Kommunen/Kreise/kreisfreie Städte an dem Fachaustausch teil: Rodgau, Weinheim, Rhein-Neckar-Kreis, Kassel, Kiel, Dortmund, Mannheim, Hamburg, Berlin. Alle angemeldeten Teilnehmenden sind anwesend. Ulrike Herrmann und Ulrike Süss aus Weinheim lassen sich entschuldigen. Der Integrationsbeauftragte der Stadt Kassel, Carsten Höhre, kommt in die Runde dazu, Dr. Wilfried Kruse entschuldigt sich für den zweiten Tag.

2. Input Dr. Wilfried Kruse

Anlässlich des Themas des Fachaustauschs *Berufsausbildung als Ziel stärken* erschien es geboten, die Lage der Zielgruppe Jugendliche mit Einwanderungsgeschichte näher zu beleuchten und sich mit dieser auseinander zu setzen.

Die wesentlichen Aussagen des Vortrags sind:

- Man könne die Lage Jugendlicher aus Einwanderungsfamilien nicht generalisieren, auch wenn statistisch gesehen, eine Benachteiligung dieser Gruppe vorliege. Es gebe nicht **die** Lage von Jugendlichen mit Einwanderungsgeschichte.
- Für die Beschreibung sozialer Lagen müssten weitere Benachteiligungsfaktoren berücksichtigt werden: Schulkarrieren, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Situation in den Elternhäusern; bei denjenigen, die nicht in Deutschland geboren seien, das Alter der Einwanderung, Wege/Arten der Einwanderung und/oder die Aufenthaltsperspektive.
- Das Ausmaß von Benachteiligung hänge von der Kumulation verschiedener Faktoren zu komplexen Benachteiligungslagen ab. Einwanderungsgeschichte sei nur einer dieser Faktoren. Die Wirkung dieses Faktors als benachteiligend hänge zudem davon ab, wie der Jugendliche seine eigene Lage und Perspektiven interpretiere und wie er mit diskriminierenden Erfahrungen umgehe.
- Jugendlichen mit Einwanderungsgeschichte bleibe häufig der Zugang zur Ausbildung aufgrund struktureller Diskriminierung versperrt. Es gebe keine direkte Ablehnung aufgrund des Migrationshintergrunds, sondern aufgrund vorausgesetzter Kriterien und Standards für Leistungen und Verhaltensweisen im Betrieb, die bestimmte Gruppen mit Einwanderungsgeschichte ausgrenzen.
- Insbesondere Jugendliche in kumulativen Benachteiligungslagen seien auf Betriebe mit einer guten Ausbildung angewiesen. Das pädagogische Potenzial von Berufsausbildung, nämlich das „Lernen im Arbeitsprozess“ werde nicht ausreichend erkannt. Einstellungs- und Auswahlverfahren verkennen, was in Berufsausbildung pädagogisch möglich sei.
- Alle Auszubildenden seien am Anfang ihrer Ausbildung Anfänger/innen, woraus sich Lernchancen ergeben, die zu einem Abbau unterschiedlicher Startbedingungen und zu einer individuellen positiven Entwicklung führen können.
- Der Erfolg, nämlich das Abschließen der Ausbildung, hänge in hohem Maße von der pädagogischen und didaktischen Gestaltung der Ausbildung im Betrieb und in der Berufsschule als weitere zentrale Einrichtung im Übergang und von ihrem Zusammenspiel ab. Insbesondere die Rolle der Berufsschulen werde zu wenig beachtet.
- Unter integrationspolitischen Gesichtspunkten stelle sich die Frage, in welcher Weise die betriebliche Ausbildung und ihre pädagogische Gestaltung auch jene fördere, die nicht zum „klassischen Klientel“ gehören.
- Eine Art „Neuaufstellung“ oder „Neujustierung“ der migrations- und benachteiligungs-sensiblen Übergangsgestaltung vor Ort sei erforderlich, insbesondere der Kooperati-

onsbeziehungen zwischen Berufsschulen und Betrieben. Aber auch der sozial-räumlichen Konzentration von Benachteiligungen müsse entgegengewirkt werden.

Zusammenfassend lasse sich aus dem Vortrag eine doppelte Potenzialfrage ableiten: das Potenzial Jugendlicher und das Potenzial der Ausbildung. Beide benötigen entsprechende Rahmenbedingungen. Das Potenzial Jugendlicher könne sich auch noch in der Ausbildung entfalten, wenn die Ausbildung eine entsprechende Pädagogik biete.

3. Input Anne Koch-Mauer

Anne Koch-Mauer stellt die Ausbildungsinitiativen des Bereichs Ausbildung, Fortbildung, Personalentwicklung und Gesundheitsmanagement bei der Stadt Kassel vor. Zur Statistik: Die Ausbildungsquote bei der Stadt Kassel habe sich von 7,37 % im Jahr 2010 auf 8,12 % im Jahr 2017 erhöht. Über 80 % seien nach der Ausbildung in Beschäftigung gemündet. Die Vertragslösungsquote liege bei 17,8 %, was u.a. an der intensiven Betreuung liege. Derzeit seien 216 Menschen in Ausbildung bei der Stadt Kassel. Für das Ausbildungsjahr 2017 haben sich 900 Personen auf 25 Ausbildungsplätze beworben. Nach Schätzung von Anne Koch-Mauer haben ca. 30 % der Auszubildenden einen Migrationshintergrund, in der Gesamtverwaltung seien es ca. 34 %.

Die von ihr vorgestellten Ausbildungsinitiativen richten sich an Jugendliche mit mangelnder Ausbildungsreife, an Geflüchtete, Quereinsteiger/innen, Hochschulabsolvent/innen und junge potentielle Führungskräfte. Insbesondere die Angebote, die auf eine Zielgruppe mit größerem Förderbedarf zugeschnitten sind, legen Wert auf eine festintegrierte sozialpädagogische Begleitung sowie auf eine persönliche Kompetenzerweiterung. Anne Koch-Mauer macht deutlich, dass Ausbildung viel mehr sei, als eine bloße Erweiterung der Fachkompetenz. Methodenkompetenz, soziale und persönliche Kompetenz gehören genauso dazu. Es gebe daher ein internes verbindliches Schulungsprogramm für Auszubildende bei der Stadt Kassel, das genau diesen Kompetenzbereich ins Auge fasse. Gleichzeitig gebe es fortlaufend Schulungen für Ausbilder/innen.

Die Voraussetzungen für den Einstieg in die Qualifizierungsmaßnahme „Fit für die Ausbildung“, die sich an geflüchtete junge Männer zwischen 18 und 25 Jahren richtet, sind niedrig. Neben der Motivation werde nur noch der Status der Geflüchteten geprüft. Die Investitionen, berufsorientierter Deutschunterricht, Schulung von Ausbilder/innen und sozialpädagogische Begleitung, sind dagegen hoch. Für das Aufrechterhalten der Motivation der Teilnehmenden und zur Verringerung des Abbruchrisikos sei eine intensive Betreuung erforderlich. Aber es lohne sich: Sechs von zehn Geflüchteten seien so in eine duale Ausbildung im handwerklich-technischen Bereich gemündet.

Wilfried Kruse fasst den Förderansatz im Hinblick auf sein integrationspolitisches Potenzial zusammen: Motivation als wichtigstes Zugangskriterium, gezielte Suche und Förderung der beruflichen Stärken und Investition in förderliche betriebliche Rahmenbedingungen.

4. Arbeitsphase I + II

Klaus Kohlmeyer macht das Ziel der Arbeitsphasen deutlich. Es gehe darum, wirklich zu verstehen, was in den Kommunen getan werde, und damit auch Unterschiede aufzeigen. Katja Schöne leitet in die Methode ein. Mit ihr solle eine fachliche Tiefe erreicht werden. Die vorbereiteten Leitfragen dienen den Kommunen dazu, die eigenen Strukturen und die eigene Praxis zu reflektieren und zu erklären. In der Arbeitsphase II solle dann das Erarbeitete als

„Brain Walk“ vorgestellt werden. Folgende sechs Gruppen werden eingeteilt: Kassel, Kiel/Hamburg, Weinheim/Rhein-Neckar, Rodgau, Mannheim, Berlin. An den Plakatwänden solle der Austausch stattfinden. Die ausgearbeiteten Ergebnisse werden von den Gruppen in einer Matrix verschriftlicht und im Anschluss zur Verfügung gestellt. Im Folgenden werden die wichtigsten Punkte aus den Gruppen zusammengefasst.

Grundsätzlich sehen alle Kommunen einen gelungenen Übergang zwischen Schule und Beruf als zentrales Aufgabenfeld der kommunalen Koordinierung. Integration wird zudem in allen Kommunen als Querschnittsaufgabe in Politik und Verwaltung verstanden. In einigen Integrationskonzepten wird außerdem die interkulturelle Öffnung der öffentlichen Verwaltung oder der Bildungssysteme explizit gefordert. Das Management für die Gestaltung des Übergangs Schule-Beruf ist in den jeweiligen Kommunen unterschiedlich verortet. Auffällig ist, dass die Themenfelder Integration/Migration und Übergang Schule-Beruf in einigen kommunalen Strukturen getrennt voneinander verankert sind. In anderen wiederum haben sich Strukturen entwickelt, die eine Gesamtstrategie für Bildung, Beruf und Integration erkennen lassen. Trotzdem wird von den Teilnehmenden der Bedarf nach mehr Transparenz, Austausch und internen Vernetzungsstrukturen, unabhängig von diversen Arbeitsbündnissen und -gemeinschaften, geäußert.

Die unterschiedlichen Maßnahmen der Kommunen im Übergang Schule-Beruf reichen von niedrigschwelligen Angeboten bis hin zu mehrmonatigen Qualifizierungsmaßnahmen, sind strategisch und operativ in diversen kommunalen Verantwortungsbereichen verortet, werden teilweise operativ auch von freien Trägern umgesetzt. Die allgemeine Zielgruppe vieler dieser Maßnahmen/Angebote im Übergang Schule-Beruf sind Jugendliche (mit Förderbedarf), einige Programme richten sich nur an Geflüchtete. Maßnahmen/Angebote explizit für Jugendliche mit Migrationshintergrund sind in einzelnen Kommunen vorhanden, werden insgesamt aber seltener benannt.

Hinsichtlich des kommunalen Bildungsmonitorings zum Übergang Schule-Beruf bemängeln einige Kommunen das Hindernisse beim Abrufen relevanter Daten sowie die Qualität abgegruener Daten. Wenige Kommunen haben ein eigenes Kennzahlen-Monitoring mit eigenem Indikatorenset und/oder die Möglichkeit, Befragungen durchzuführen. Insgesamt wird der Bedarf geäußert, sich an der Stelle stärker über messbare Indikatoren im Übergang Schule-Beruf auszutauschen. Eine Vorbildfunktion der Kommune als Arbeitgeber wird von allen Kommunen bestätigt. Eine migrationssensible Einstellungspraxis und Initiativen, um Personen mit Migrationshintergrund als Auszubildende gezielt anzusprechen, sind eher die Ausnahme.

5. Input Isabell Seeger

Isabell Seeger stellt das Kasseler Übergangsmanagement Schule-Beruf vor. Aufgrund des Zeitmangels wird der Vortrag gekürzt. Die Qualität der Berufsorientierung zeichne sich durch die Organisationsstruktur an Schulen aus. Stadtweit an allen allgemeinbildenden Schulen gebe es eine/einen Übergangsmanager/in mit ca. 20-35 Wochenstunden, eine Person von der Agentur für Arbeit sowie eine OloV Lehrkraft. OloV ist eine regionale Strategie für den Übergang Schule-Beruf des Landes Hessen. Man schaue, was könne gebündelt werden und vermeide damit Doppelstrukturen, ergänzt Gabriele Biedenbach von der OloV-Koordination. Das Ziel der Strategie sei, die Berufs- und Studienorientierung zu stärken. Daher gebe es folgende Zielsetzungen: Berufsorientierung ab Klasse 7, standardisierte Berufsorientierung in den Klassen 7, 8 und 9 (Hauptschule) oder 8, 9 und 10 (Realschule) mit Kompetenzfeststel-

lung, Bewerbungstrainings, betriebliche Praktika usw., Aufbrechen geschlechtsspezifischer Berufseinwahlmuster. Im Folgenden stellt Isabell Seeger weitere Projekte vor, wie z.B. die Speed-Casting Messe „Kurz vor knapp“ oder „InMigra“, berufliche Integrationsmaßnahmen für Migrant/innen. Abschließend werden Herausforderungen präsentiert, die in Zukunft ausführlich diskutiert werden sollten:

- Wie kann man den Bedarfslagen der Jugendlichen mehr gerecht werden?
- Wie schafft man eine verbindliche Zusammenarbeit mit der Wirtschaft?
- Wie kann man vermehrte Praxiserfahrung in den Schulalltag integrieren? Der Landeserlass Berufs- und Studienorientierung schreibt beispielsweise zwei Praktika für jeden Jugendlichen vor, die Wirtschaft stelle aber gar nicht so viele Praktikumsplätze zur Verfügung. Es stellt sich die Frage, inwieweit eine Verpflichtung zu mehr Praxiserfahrung wie der Landeserlass es vorsieht, hilfreich ist, und inwieweit Strukturen vorhanden sind, die das Problem entsprechend aufgreifen.
- Wie kann man den spezifischen Herausforderungen bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund begegnen?

6. Austausch mit Mathias Wagner

Mathias Wagner spricht sich für eine Kommunale Koordinierung des Übergangs Schule-Beruf aus. Maßnahmen müssten so lokal wie möglich verankert sein, da das Leben von Jugendlichen mit Qualifizierungsdefiziten in den Kommunen stattfände. Das Land sei aber gefordert, die Kommunale Koordinierung zu unterstützen. Aufgrund der zahlreichen Maßnahmen und Förderprogramme, die von unterschiedlichen staatlichen Ebenen aufgelegt werden, seien junge Erwachsene oftmals verwirrt, welche Maßnahmen es überhaupt gebe. Mathias Wagner betont, dass nicht der junge Mensch sich das Angebot suchen, sondern in das entsprechende Programm eingeleitet werden müsse („Übergang in einem Guss“). Er verweist in diesem Zusammenhang auf den Schulversuch Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BüA), ein Programm, das zum Ziel hat, Schülerinnen und Schüler schon nach einem Jahr den Wechsel in die duale Berufsausbildung zu ermöglichen. Dies decke sich mit der politischen Vorgabe, dass jedem jungen Mensch in Hessen ein Ausbildungsangebot unterbreitet werden müsse – möglichst im dualen System. Er formuliert eine klare Absage an Parallelstrukturen.

Der Schulversuch BüA wird im Plenum teilweise kritisch gesehen. Er gehe an den Vorstellungen der Jugendlichen und auch der Eltern vorbei, die vor allem an guten Schulabschlüssen interessiert seien – eine Möglichkeit, die durch BüA abgeschafft würde. Mathias Wagner argumentiert, dass teilweise ein gewisser Egoismus vorherrsche, man solle so lange wie möglich im System bleiben. Bildungsgänge, die nirgendwo hinführen, gehörten jedoch abgeschafft, Warteschleifen müssten vermieden werden. Das Nachholen von Schulabschlüssen sei mit BüA möglich und vorgesehen.

Im Plenum wird der Zuspruch zu Kommunaler Koordinierung allgemein begrüßt. Es wird jedoch eingewandt, dass sie einer klaren Beauftragung durch das Land bedürfe. Hier müsse zunächst eine Mehrheit im hessischen Landtag gesucht werden, stellt Mathias Wagner klar. Zudem seien die Verhandlungen zwischen Land und kommunalen Spitzenverbänden schwierig: Eine inhaltlich gute Debatte über Ziele scheitere häufig an der Debatte über die Finanzierung. Gleichzeitig bedürfe es gegenüber Maßnahmen vom Land einer gewissen Offenheit der Kommunen.

Die Rolle der Jobcenter und Arbeitsagentur wird im Plenum angesprochen. Aufgrund des gesetzlichen Auftrags und dem Geld, das diesen Einrichtungen zur Verfügung stelle, solle der politische Druck auf diese erhöht werden, entsprechende Maßnahmen in Abstimmung mit den Kommunen anzubieten. Zudem wird der Wunsch formuliert, dass das Land die Formalisierung partnerschaftlicher Zusammenarbeit unterstütze, um die Rolle von Kommunen zu stärken. So könne beispielsweise eine Zusammenarbeit verpflichtend im Schulprofil aufgenommen werden. Mathias Wagner hält diesen Vorschlag für realistisch, sein persönliches Ziel sei aber „radikaler“: Für Jugendliche bis 25 Jahre solle die Kommune die Entscheidungskompetenz und Verfügungsgewalt über das Geld haben, die Jobcenter und Arbeitsagenturen sollen „nur“ als Dienstleister fungieren.

7. Verständigung über die Weiterarbeit

Nächste Sitzung: 22. – 23.02.2018. Kassel bietet sich für das nächste Treffen an.

Im Themenspeicher wurden folgende mögliche Themen für die nächste Sitzung gesammelt:

1. (Sozial)Pädagogische Investitionen
 - Pädagogische Qualität der Ausbildung
2. Zusammenarbeit mit Betrieben
 - Akquise von Betrieben
 - Sensibilisierung von Betrieben hinsichtlich Einstellungspraxis (Diskriminierung, Regeln, Diversity)
 - Gestaltung der Zusammenarbeit
3. Maßnahmen
 - Zielgruppen als Akteure/innen
 - Beratungsqualität
 - Weiterentwicklung rechtskreisübergreifender Maßnahmen
 - Qualität der Maßnahmen, die operativ von freien Trägern umgesetzt werden
 - Wirkungsorientierte Steuerung / inhaltliche Steuerung
 - Einmünden von Geflüchteten in die Verwaltung
4. Strukturen
 - Kommunale Einflussmöglichkeiten und Verwertung
 - Bildungsmonitoring (oder bei Maßnahmen?)
 - Fokusabteilungen / Vernetzung
 - Fokusansatz
 - Akquise von Fördermitteln

Teilnehmerliste

Name	Institution / Funktion
Albrecht, Elena	Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis, Stabsstelle Integration, Bildungskoodinatorin Süd-West
Bagachuk, Tatiana	Regionales Berufsbildungszentrum der Landeshauptstadt Kiel, Übergangsmanagerin Schule-Beruf
Biedebach, Gabriele	Regionale OloV-Koordination der Stadt Kassel, Bildungsberatung Region Kassel
Gödecke, Michael	Hamburg
Guth, Manuela	Dezernat III Jugend, Kinder, Bildung, Familie, Gesundheit der Stadt Mannheim - Teamleiterin Übergangsmanagement Schule-Beruf
Höhre, Carsten	Integrationsbeauftragter der Stadt Kassel
Holly, Vanessa	Dezernat I der Stadt Rodgau, Koordinierung des Arbeitsmarktprogramms Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM)
Hüners, Svenja	Sachbereich Übergang Schule-Beruf der Landeshauptstadt Kiel
Janz, Anne	Dezernat V Jugend, Schule, Frauen und Gesundheit der Stadt Kassel - Stadträtin
Kohlmeyer, Klaus	Geschäftsführer BQN Berlin e.V.
Koch-Mauer, Anne	Personal- und Organisationsamt der Stadt Kassel
Krajczyk, Rosemarie	Kinder- und Jugendförderung der Stadt Kassel, Übergangsmanagerin Schule-Beruf
Kratz, Gerrit	Fachbereich Kommunales Bildungsmanagement der Stadt Rodgau, Fachbereichsleitung
Kruse, Dr. Wilfried	Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative, Koordinator
Orias, Sharon	BQN Berlin e.V., Schul- und Betriebsberatung <i>Berlin braucht dich!</i>
Ripplinger, Jürgen	Geschäftsführer Jugendagentur Job Central, Koordinierungsbüro Übergang Schule-Beruf der Stadt Weinheim
Schöne, Katja	Dezernat V Jugend, Schule, Frauen und Gesundheit der Stadt Kassel - Koordinatorin
Seeger, Isabell	Kinder- und Jugendförderung der Stadt Kassel, Koordination Übergangsmanagement Schule-Beruf und Schulsozialarbeit
Szoldra, Brygida	Bildungskoordination für Neuzugewanderte der Stadt Kassel
Werderich, Jenny	Kinder- und Jugendförderung der Stadt Kassel, Übergangsmanagerin Schule-Beruf